

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Carmen Schimanek  
und weiterer Abgeordneter

**betreffend die Erstellung einer Studie über die aktuelle Situation muslimischer Frauen und Mädchen in Österreich – UG 30**

eingebracht im Zuge der Debatte zu TOP 6: Bericht des Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (820 d.B.): Bundesgesetz über die Bewilligung des Bundesvoranschlages für das Jahr 2016 (Bundesfinanzgesetz 2016 - BFG 2016) samt Anlagen (891 d.B.)

Mit dem internationalen Gedenktag für die Opfer von Gewalt an Frauen am 25. November 2015 startet die Aktion „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“.

Gewalt an Frauen ist ein angst- und schambesetztes Tabuthema. Deshalb gilt es, mittels dieser Aktion das Schweigen aufzubrechen und betroffenen Frauen Mut zu machen. Dies umso mehr, da sich der Großteil von Gewalt gegen Frauen immer noch im engsten familiären Umfeld abspielt.

Ein ganz besonderes Problem stellt die psychische Gewalt dar. Diese ist viel subtiler, weil man hier auf den ersten Blick keine Verletzungen oder Wunden sieht. Diese Art von Machtausübung ist aber genauso schrecklich und zerstörerisch wie physische Gewalt. Denn mittels psychischer Gewalt werden Frauen sukzessive gebrochen, kleingemacht und somit jeglichem Selbstwertgefühls beraubt.

Durch die Zuwanderung vermehrt muslimischer Flüchtlinge besteht aus Sicht der unterfertigten Abgeordneten die Gefahr, dass das bereits zurecht erkämpfte und selbstverständliche Frauenbild unserer Gesellschaft unterwandert wird. Deshalb gilt es, bereits den ersten negativen Anzeichen entschieden entgegenzutreten.

Völlig abzulehnen sind daher in diesem Zusammenhang Aussagen des Chefs der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Oberösterreich, der in einem Interview mit dem „Volksblatt“ feststellte: „*Psychisch und physisch sind die Frauen eben schwach, und sie werden schwanger, und wenn sie allein sind, brauchen sie Schutz und sind in Gefahr.*“

Mit diesen Worten begründet Murat Baser, Chef der Islamischen Glaubensgemeinschaft in Oberösterreich, im Interview mit dem „Volksblatt“, warum im Koran der Mann eine Stufe über die Frau gestellt wird.

Auf die Frage nach der Bedeutung einzelner Suren im Koran hatte Baser unter anderem erklärt, Gott habe Verantwortung an die Männer gegeben. Im Islam sei der Mann verantwortlich für die Unterkunft, er müsse arbeiten für seine Frau und seine Kinder, also Geld herholen, Arbeit finden und versorgen. Gleichberechtigung gebe es sowieso, keine Frage - aber jemand müsse dann letztendlich entscheiden. Wenn eine Firma gegründet wird, dann habe irgendwer 51 Prozent, also niemals 50:50. Und in der Familie sei es genau dasselbe.

Aufgabe der Aktion „16 Tage gegen Gewalt an Frauen“ ist es daher nicht zuletzt vor dem Hintergrund dieser Aussagen auch, vor einer schleichenenden Untergrabung unserer Wertegemeinschaft durch ein frauenfeindliches Weltbild einer falsch verstandenen Religion zu warnen.

Denn nach wie vor ist Gewalt gegen Frauen allgegenwärtig:

So ist Genitalverstümmelung kein Problem einzelner afrikanischer Staaten, die Beschneidung von Mädchen betrifft auch junge Frauen in Österreich: In Österreich werden bereits 8000 Fälle von weiblicher Genital-Verstümmelung angenommen, europaweit gibt es bereits 500.000 Opfer (06.02.2014 / Tiroler Tageszeitung Onlineausgabe)

Allein in Wien sollen 1.900 Frauen von Genitalverstümmelung betroffen sein.

„*Jedes Jahr kommen ungefähr 100 neue Mädchen und Frauen zu uns. Die meisten Betroffenen kommen schon beschnitten von Zuhause hierher. Es wird aber davon ausgegangen, dass es auch hier passiert, obwohl es keine Anzeigen gibt. Manchmal erfolgt die Beschneidung auch während eines Heimurlaubes*“, sagt Umyma Eljeledm, Ärztin bei „FEM Süd, Gesundheitszentrum für Frauen, Eltern und Mädchen“. (20.03.2015 orf.at)

Auch offizielle Statistiken, wie viele Frauen in Österreich im Namen der Ehre umgebracht werden, fehlen: Die Ehre in islamischen Gesellschaften ist ein wichtiges unverzichtbares "Gut", dessen Verlust im Auge der islamischen Gemeinschaft eine Wiederherstellung verlangt, die je nach Schwere des Vergehens auch nur mit dem Tod der/des Ehrbrecherin/s wiederhergestellt werden kann. In den Augen der Gemeinschaft ist besonders die Tugendhaftigkeit der Frauen Voraussetzung und Garant für die Ehre der Familie. Ein Fehlverhalten, wie z.B. vermutete sexuelle Unmoral, bringt unweigerlich über die ganze Familie Schande und führt zum Verlust der Ehre. Zum Fehlverhalten gehört nicht nur der sexuelle Verkehr außerhalb der Ehe, sondern in manchen Gemeinschaften der bloße Kontakt oder das Gespräch mit einem Nichtfamilienmitglied, ein kurzer Flirt, ein unerlaubter Blick, die freie Wahl des Partners oder auch das Verlassen des Hauses ohne einen männlichen Begleiter. Dass sich solche Vorfälle auch in Österreich abspielen, wurde durch zahlreiche Medienberichte dokumentiert – konkrete Zahlen zur Häufigkeit fehlen allerdings.

Nicht viel besser stellt sich die Dokumentation von Zwangsverheiratung dar. Obwohl Zwangsheirat eine Straftat ist, für die bei einer Verurteilung bis zu fünf Jahre Haft drohen, schätzen Expert/innen, dass in Österreich jährlich um die 200 Mädchen und junge Frauen von Zwangsheirat betroffen sind. (gewaltinfo.at)

Die Dunkelziffer ist vermutlich aber viel hoch.

Betroffen sind vor allem Minderjährige mit österreichischer Staatsbürgerschaft, die bereits in zweiter oder dritter Generation hier leben, meist sind es Mädchen. Unter dem Druck ihrer Eltern werden sie in deren Heimatland verheiratet. Danach ist ihr Leben nicht mehr so wie früher: Sie müssen ihre Schule verlassen, ihre Lehre abbrechen. Ihre eigenen Bedürfnisse sind nun zweitrangig. Sie haben für ihren Partner und die neue Familie da zu sein. Sie müssen auf Befehl lieben. Durch die

frühe Heirat stellen die Eltern sicher, dass die betroffenen Mädchen jungfräulich heiraten und so die Familienehre gewahrt bleibt.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nicht zuletzt vor dem Hintergrund des internationalen Gedenktages für die Opfer von Gewalt an Frauen am 25. November 2015 folgenden

### **Entschließungsantrag**

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung und insbesondere die Bundesministerin für Bildung und Frauen werden aufgefordert, eine wissenschaftliche Studie in Auftrag zu geben, in der die aktuelle Lebenssituation muslimischer Frauen und Mädchen in Österreich, insbesondere hinsichtlich der Bereiche Zwangsverehelichung, Geschlechtsverstümmelung und Gewalt im Namen der Ehre dokumentiert wird.“

Chairwoman  
Bndl  
Fell  
Hofbauer

